

Nr. 176
Überflugbotschaft des Bundeskanzlers Kohl an Ministerpräsident Mazowiecki
11. Februar 1990

BK, 212 – 30102 P 4 Bd. 2. – Hs. vermerkt: „abgesandt 11.II. aus der Maschine. N[euer] 12.II.“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Freund,

auf dem Rückflug von intensiven und verantwortungsvollen Gesprächen mit Generalsekretär Gorbatschow,¹ die für eine friedliche, stabile und zukunftssträchtige Entwicklung in Deutschland und in Europa insgesamt Schlüsselbedeutung hatten, sende ich Ihnen meine herzlichen Grüße.

Ich erwidere damit sogleich Ihre Grüße, die mir vor wenigen Tagen Herr Außenminister Professor Skubiszewski überbracht hat.² Zugleich danke ich für die erneute Zusage, daß Ihr Land den Wunsch des deutschen Volkes nach freier Selbstbestimmung und nach Einheit versteht und unterstützt.

Mit Ihrem Außenminister war ich mir auch darin einig, daß der Erfolg der Reformen in allen Staaten Mittel- und Osteuropas im gesamteuropäischen Interesse liegt und daß nur ihre konsequente Fortsetzung im Interesse der Menschen dauerhafte Stabilität verbürgt.

Die Bundesrepublik Deutschland – und ich persönlich – werden bei allen aktuellen Sorgen um die Lage in der DDR die Pionierrolle Ihres Landes nicht vergessen und Ihren weiteren Weg wie bisher nachhaltig unterstützen.

Ich freue mich auf die Fortsetzung unseres Meinungsaustauschs.

gez. Helmut Kohl
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Nr. 177
Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Modrow
Bonn, 13. Februar 1990

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 80, Bl. 87–94. – Vermerk des MD Teltchik, 15. Februar 1990. Erste Ausfertigung. Az. 21 – 35400 – De 26/4/90. VS-Vertraulich. – Mit Vorlage des MD Teltchik über Chef BK an den Bundeskanzler zur Genehmigung (Az. 21 – 35400 – De 26/5/90. VS-Vertraulich. Eine Ausfertigung – ohne Anlage offen). Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltchik“. – Gesprächsdauer: 10.00 bis 11.00 Uhr.

Teilnehmer:

Karl Seidel, Leiter der Abteilung Bundesrepublik Deutschland im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Horst Teltchik, Ministerialdirektor

Der Bundeskanzler begrüßte Ministerpräsident Modrow und schlug vor, angesichts der dramatischen Lage gleich zum eigentlichen Thema zu kommen. In diesem Jahr seien bereits rund 75 000 Übersiedler aus der DDR gekommen. Ca. 10 000 Menschen müsse man hinzurechnen, die auf direktem Wege und nicht über die Notaufnahmelager kommen. Er müsse deshalb davon ausgehen, daß bis Ende Februar rund 100 000 Übersiedler zu erwarten seien.

1 Nr. 174 und Nr. 175.

2 Nr. 164.

Um die Größenordnung zu verstehen, verweise er darauf, daß es sich um die Einwohnerzahl von Dessau handle. Aus dieser Entwicklung ergebe sich ein enormer Druck.

Es sei deshalb erforderlich, daß die Wahl am 18. März¹ durchgeführt werden könne. Außerdem sei jetzt die Zeit für dramatische Schritte gekommen. Deshalb müßten sie möglichst bald über die Verwirklichung der Einheit sprechen. In der DDR seien ja alle politischen Parteien und Gruppen mit Ausnahme der Grünen für die Einheit. In der DDR gebe es zwischen den Parteien und Gruppen noch bedeutende Nuancen in dieser Frage, warf Ministerpräsident Modrow ein.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß die Gesamtentwicklung jetzt auf zwei verschiedenen Schienen verlaufen müsse. Er wolle mit der Sicherheitspolitik beginnen. Er lehne jede Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland ab. Dazu werde er niemals seine Zustimmung geben. Dies habe er auch Generalsekretär Gorbatschow gesagt.²

Die Bundesregierung habe Gespräche der beiden deutschen Staaten mit den Vier Mächten vorgeschlagen. Experten beider deutscher Seiten sollten, beispielsweise im Range von Politischen Direktoren, über diese Fragen sprechen. Er möchte erreichen, daß die Gespräche zwischen den zwei deutschen Staaten mit den Vier Mächten noch vor dem KSZE-Gipfel zum Abschluß kämen. Dies sei auch die Meinung von Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow. Es könne nicht die Aufgabe der KSZE sein, solche Gespräche zu führen. Die KSZE solle das Ergebnis lediglich absegnen.

Außerdem wolle er sehr konkret anregen, daß bereits in der nächsten Woche die Expertengespräche über die Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen werden, um ein deutliches Signal für die Menschen zu setzen. Er biete also Gespräche so schnell als möglich an.

Ministerpräsident Modrow erklärte, was die internationale Seite der deutschen Frage betreffe, gehe er davon aus, daß das Tempo den europäischen Rahmen nicht sprengen dürfe, sondern sich in diesem Rahmen bewegen müsse. Es dürfe nicht beschleunigt werden. Der Vorschlag für eine Konferenz der Vier Mächte mit den zwei deutschen Staaten decke sich auch mit seiner Auffassung. Diese Gespräche müßten in konstruktiver Weise vorbereitet werden. Die Außenminister in Ottawa werden sich in diese Richtung bewegen.³ Die Außenminister des Warschauer Paktes hätten entsprechende Konsultationen durchgeführt.⁴ Auch der französische Außenminister habe sich in dieser Richtung geäußert. Der Bundeskanzler habe mit Generalsekretär Gorbatschow darüber gesprochen. Sie sähen die Gesamtentwicklung genauso. Beide Seiten sollten jetzt auf der Ebene von Experten Gespräche führen.

In diesen Zusammenhang gehöre auch die Oder-Neiße-Grenze. Sie müsse akzeptiert werden, damit der polnische Nachbar stabil bleibe. Dies erwarte auch Frankreich, die Grenzen in Europa müßten verbindlich und die Einheit der beiden deutschen Staaten darin eingebettet sein.

Was das Problem der Sicherheit betreffe, seien die Interessen der Vier Mächte bezüglich der Stationierung ihrer Truppen anders gelagert als beispielsweise in der Tschechoslowakei. Dies sei eine Folge der Vier-Mächte-Verantwortung. Deshalb müsse der internationalen Seite der deutschen Frage gebührende Beachtung geschenkt werden, damit für andere keine

1 Nr. 145 Anm. 12.

2 Nr. 174.

3 Die Außenminister der Bundesrepublik, der DDR und der Vier Mächte vereinbarten in Ottawa, sich zu treffen, „um die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten, zu besprechen“. „Vorbereitende Gespräche auf Beamtenebene“ würden „in Kürze aufgenommen“ (Kommuniqué, 13. Februar 1990, in: Bulletin. Nr. 27. 20. Februar 1990, 215).

4 Meldung über das Treffen der Außenminister des Warschauer Paktes am 11. Februar 1990 in Ottawa, TASS/russ./12.2.90/0758, in: Ostinformationen. Nr. 31. 13. Februar 1990, 11; BPA/PA, F 1/22.

Probleme erwachsen könnten. Dies gelte insbesondere für Polen. Man müsse jetzt aufeinander zugehen und direkte Gespräche führen. Dies sei der jetzt erforderliche Stil.

In diesen Fragen gebe es deutliche Nuancen, erwiderte der Bundeskanzler. Er wolle sie jedoch nicht jetzt austragen.

Ministerpräsident Modrow berichtete, daß der Runde Tisch gestern ein Paket für die Gespräche vorbereitet habe, das er dem Bundeskanzler überreichen solle. Dieses Paket stelle auch den Rahmen für seine heutigen Gespräche dar.⁵

Die Lage in der DDR habe in den letzten Tagen ihre eigene Entwicklung genommen. Die Demonstrationen zeigten, daß sich die Leute zu isolieren beginnen. Die Demonstranten in Leipzig hätten zunehmend Probleme.

Es gebe eine schweigende Mehrheit, die vor einem überhöhten Tempo und vor beschleunigten Schritten Furcht empfinde. Sie erwarte eine soziale Absicherung. Der Vorschlag des Runden Tisches enthalte entsprechende Anregungen. Auch die Rechtsfragen würden mit größerer Entschiedenheit gestellt. Das gelte vor allem für die Eigentumsfragen. Der Runde Tisch sei sich einig. Dies gelte für alle Parteien, daß die Frage der sozialen Absicherung beantwortet werden müsse.

Die Bundesregierung werde aus einer kritischen Bewertung nicht ausgespart. Es werde die Erwartung ausgesprochen, daß der Einigungsprozeß so gestaltet werden müsse, daß keine Destabilisierung eintrete und kein Kurs der Verschärfung beginne.

Der Runde Tisch setze sich aus acht Parteien zusammen, die jetzt in die Regierung eingetreten seien.⁶ Außerdem hätte sich jetzt die Partei der Freien Demokraten gebildet.⁷ Insgesamt seien jetzt dreizehn Parteien in der Regierung. Am Runden Tisch säßen auch Nichtpartei-mitglieder. Das Verhältnis zwischen den Parteien und den Bewegungen sei drei zu eins.

Es sei jetzt notwendig, daß sich die Regierung mit allen diesen Fragen beschäftige und zu raschen Ergebnissen komme. Fortschritte seien zu erwarten. Die Zeichen für eine solide Entwicklung in der DDR auf dem Wege zur staatlichen Einheit müßten deutlicher herausgestellt werden. In diesem Ziel stimme er mit dem Bundeskanzler überein.

Die Frage der Übersiedler müsse jedoch gründlicher analysiert werden. Die Beweggründe seien nicht mehr die früheren, sondern vor allem ökonomisch-soziale Gründe.

Er habe den Wunsch, daß man die gegenseitigen Vorwürfe einstelle. Beide Seiten müßten jetzt an gleichen Maßnahmen interessiert sein. Und alle Maßnahmen müßten gründlicher überprüft werden, damit sie nicht an der Oberfläche blieben. Der bisherige Stil der Zusammenarbeit könne nicht fortgesetzt werden. Es gebe zuviel Nebeneinander. Er habe einen Vertragsentwurf übergeben,⁸ auf den er keine Reaktion erhalten habe. Über die Medien habe er den Vorschlag für die Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft⁹ erfahren. Auch seien die Resultate der bisherigen Gespräche zu gering. Die Arbeit der Länder dagegen sei viel konkreter.

Der Wahlkampf würde bereits überwiegen. Wenn bis zum 18. März endlich etwas geschehen solle, müsse jetzt ein Solidarbeitrag geleistet werden.

Es entspreche auch seiner Meinung, daß die Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft dazugehöre. Dies sei auch die Auffassung des Runden Tisches, der jedoch davon ausgehe,

5 „Positionen des Runden Tisches für die Verhandlungen zwischen Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl am 13./14. Februar 1990“, mit „Standpunkt der Initiative Frieden und Menschenrechte, Vereinigte Linke, Grüne Partei, Unabhängiger Frauenverband, Demokratie Jetzt zum Punkt 4, 3. Anstrich der Positionen“ und acht Anlagen; BArch, B 136/20579, 221 – 35014 Ge 33 Bd. 2.

6 Nr. 158 Anm. 2.

7 Am 12. Februar 1990 schlossen sich LDP (bis 9. Februar: LDPD), die am 4. Februar in der DDR konstituierte FDP und die Deutsche Forumpartei zum Wahlbündnis „Bund Freier Demokraten – Die Liberalen“ zusammen.

8 Nr. 145A.

9 Nr. 169A, insbes. Anm. 2.

daß sie vor dem 18. März nicht verbindlich werde. Deshalb könnten jetzt Verhandlungen beginnen. Der Abschluß müsse aber einem neuen Parlament vorbehalten bleiben. Er schlage für eine gemeinsame Konferenz fünf Regierungsmitglieder vor, zu denen Minister Dr. Romberg und Minister Eppelmann gehören sollen. Die jetzige Übergangsregierung könne jedoch nicht mehr über ein Ergebnis entscheiden.

Ministerpräsident Modrow bat erneut darum, daß das Nebeneinander überwunden werden solle. Überraschungen sollten vermieden werden. Jetzt sollten sich alle Gespräche auf die marktwirtschaftliche Wirkung konzentrieren. Die Gesetzgebung der DDR werde entsprechend erfolgen, insbesondere im Bereich der mittelständischen Betriebe. Vieles sei angekündigt worden, aber es gebe noch keine greifbaren Ergebnisse. Die Verhandlungen mit westdeutschen Unternehmen, wie z. B. mit Siemens, AEG, VW und anderen, seien im Gange. Jedoch sei ein rascheres Tempo notwendig. Die Länder würden viel konkreter zusammenarbeiten.

Die gemeinsam einzurichtende Kommission für die Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft müsse in eine Kontinuität hineinwachsen. Ankündigungen über eine mögliche Zahlungsunfähigkeit der DDR und solche über ein mögliches Vorziehen der Wahlen wie am Wochenende seien nicht nützlich. Sie hätten Unruhe geschaffen. Es könne nicht um ein Vorziehen der Wahl gehen, sondern höchstens um ein Verschieben.

Bezüglich der Zahlungsfähigkeit der DDR wolle er dem Bundeskanzler ganz persönlich mitteilen – er werde dies nicht öffentlich tun –, daß gegen Ende dieses Jahres die DDR drei Milliarden aufbringen müsse, um in das Jahr 1991 hineingehen zu können. Das Problem der Zahlungsfähigkeit stelle sich also erst in der zweiten Jahreshälfte. Darüber werde er jedoch nicht öffentlich reden. Es sollte jetzt ein Stufenprogramm entwickelt werden, um die Probleme nach innen beherrschbar zu machen. Beispielsweise sei das Problem der Länderbildung nicht über Nacht zu lösen. Aus diesem Grunde habe er ein Stufenkonzept vorgeschlagen, weil ein spontaner Prozeß nicht möglich sei. Er wolle auch deutlich sagen, daß die Wahlen am 18. März ein wichtiges Element darstellten, aber die Probleme nicht lösen könnten. Wenn sie sich aber über einen Solidarbeitrag der Bundesrepublik verständigen und eine Kommission über die Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft einsetzen könnten, dann würden sie gut vorankommen.

Er wolle dem Bundeskanzler einige Zahlen in diesem Zusammenhang zur Kenntnis geben. Das Nettosozialprodukt der DDR betrage 1,4 Billionen Mark; davon befänden sich 980 Milliarden im Staatseigentum, dazu komme noch das genossenschaftliche Vermögen und 280 Milliarden Privatvermögen. Außerdem verfüge der Staat über 6,2 Millionen Hektar an Grund und Boden.

Er habe sehr gern vom Bundeskanzler gehört, daß er das Wort vom Anschluß ablehne. 16,5 Millionen DDR-Bürger wollten nicht vereinnahmt werden. Sie erwarten vor dem 18. März eine konstruktive Gestaltung der Beziehungen, sonst würden diese Teil der Wahlkampfauseinandersetzung.

Sein Ziel sei es, eine ruhige Entwicklung zu erreichen. Dazu gehöre auch das Thema der sozialen Absicherung der DDR-Bürger. Es herrsche Furcht vor Arbeitslosigkeit und Unsicherheit darüber, was mit den Spareinlagen geschehen werde. Hinzu komme das Problem der Rechtssituation. Ein Minister der CDU habe davon gesprochen, die Horte und die Schulspeisungen der DDR abzuschaffen. Dieser Minister mußte seinen Hut nehmen.¹⁰ Die

10 Gemeint war Volker Abend, parteilos, der auf Vorschlag der CDU in der DDR das Amt des stellvertretenden Ministers für Bildung und Jugend übernommen hatte. Entgegen einer Meldung der Nachrichtenagentur dpa unter Berufung auf ADN (dpa 316 „DDR-Vize-Bildungsminister Volker Abend kündigte Rücktritt an“, 9. Februar 1990) trat er nicht von seinem Amt zurück. Dazu Kurt Reumann, „Als sei Schulspeisung das Wichtigste“, in: Frankfurter Allgemeine. Nr. 61. 13. März 1990, 16.

Menschen in der DDR erwarten weiterhin, daß die soziale Sicherung gewährleistet sei. Er habe vor einiger Zeit auch mit DDR-Intellektuellen wie mit Christa Wolf gesprochen. Auch dort gebe es Unruhe über die soziale Lage. Außerdem seien die Leistungen dieser Intellektuellen ein wichtiger Beitrag in Europa. Man müsse jetzt insgesamt aufeinander zugehen und die gegenseitigen Vorwürfe einstellen.

Der Bundeskanzler erklärte, daß die Lage durch den Wahlkampf nicht leichter werde. Die SPD in der DDR, die von der SPD in der Bundesrepublik stark unterstützt werde, versuche bereits, die Situation auszunutzen. Sie trage dazu bei, Angst zu erzeugen. Viele Vorwürfe kämen aus der DDR und würden hier in der Bundesrepublik reflektiert. Dies sei nicht immer alles sehr gescheit. Er wolle noch einmal das Stichwort vom Anschluß aufgreifen. Jetzt gehe es darum, bis zum 18. März Vorarbeiten zu leisten. Andere Bereiche würden bereits gut laufen, wie z. B. die Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes, der Post und anderes. Jetzt gilt es, die Zeit zu nutzen. Er sei bereit, mit den Expertentreffen zur Währungsunion schon nächste Woche zu beginnen. Es gehe jetzt nicht um protokollarische Treffen. In dieser Frage stehe er vor einer anderen Situation, warf Ministerpräsident Modrow ein.

Der Bundeskanzler bekräftigte noch einmal seinen Wunsch, bis zum 18. März in den Verhandlungen ein gutes Stück voranzukommen und die Fortschritte auch zu dokumentieren. Sein Zehn-Punkte-Plan sei bereits von der Entwicklung überholt worden. Er sehe jetzt keine Möglichkeit mehr für eine Vertragsgemeinschaft und für konföderative Strukturen. Die TASS-Mitteilung über sein Gespräch mit Generalsekretär Gorbatschow sei ein Beweis dafür.¹¹

Von besonderer Bedeutung blieben jedoch für ihn die Zahlen der Übersiedler. Der Vorwurf, daß die Menschen in der DDR finanziell angelockt würden, sei unzutreffend. Ein DDR-Übersiedler erhalte lediglich DM 200,00 und nach Nachweis einer Wohnung ein zinsgünstiges Darlehen in Höhe von DM 4000,00 und für jede weitere Person DM 1000,00.

Eine Lösung könne nur darin gefunden werden, das Gefälle zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu überwinden. Ob man dies über Stufen erreiche oder, wie Ministerpräsident Modrow gesagt habe, nicht „über Nacht“, das sei für ihn praktisch das gleiche. Die sozialen Probleme seien auch aus seiner Sicht von besonderer Bedeutung. Hier gehe es vor allem um die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung, um die Sicherung der Renten; diese Probleme wie die Frage der Sparguthaben seien auch für ihn elementare Fragen. Vielleicht könne man dazu eine Unterkommission einrichten. Er wolle keine eigenständige Kommission, damit diese sich nicht selbständig mache. Geld könne nur soviel verteilt werden, wie eingenommen werde. Ministerpräsident Modrow erklärte sich damit völlig einverstanden.

Der Bundeskanzler wiederholte noch einmal seine Auffassung, daß eine Beruhigung der Lage ohne eine schnelle Währungsunion nicht erreicht werden könne. Es gebe in der Bundesrepublik eine große Bereitschaft zu Investitionen, wenn die Rahmenbedingungen vordringlich seien. Die Leute in der DDR seien genauso gescheit und fleißig wie [die] in der Bundesrepublik, wenn sie wüßten, daß sich Leistung wieder lohne. Dann sei er sich sicher, daß es in der DDR einen Boom geben werde.

Er habe gestern mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors, gesprochen.¹² Sie seien

11 Wie in der „offiziellen Mitteilung des Treffens von Michail Gorbatschow und Helmut Kohl“ am 10. Februar 1990 in Moskau verlautete, stellte Gorbatschow „fest – und der Kanzler stimmte ihm zu –, daß es zur Zeit keine Meinungsverschiedenheiten darüber gebe, daß die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen Staatsformen, zu welchen Zeitpunkten, mit welchem Tempo und zu welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden“ (TASS/russ./10.2.90/2034 in: Ostinformationen. Nr. 30. 12. Februar 1990, 10f.; BPA/PA, F 1/22. Übersetzung der Nachrichtenagentur ADN in: Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III/Bd. 8a – 1990. Bonn 1991, 86–88).

12 Vermerk über das Telefongespräch in der Registratur des Bundeskanzleramtes nicht zu ermitteln. Dazu: Teltschik, 329 Tage, 144.

sich einig gewesen, daß auch die Europäische Gemeinschaft einen Nutzen davon haben werde. Jetzt komme es darauf an, die Übergangszeit zu gestalten.

Ministerpräsident Modrow stellte noch einmal die Frage nach einem Solidarbeitrag der Bundesregierung. Nach seiner Meinung müsse sich vor dem 18. März noch etwas bewegen. Der Runde Tisch habe den Wunsch nach 15 Milliarden DM geäußert.¹³ Die Länder würden ihrerseits bereits da und dort Millionenbeträge zur Verfügung stellen. Die DDR-Bürger würden jetzt von der Bundesregierung erwarten, daß sich in dieser Frage etwas tue. Das Gespräch wurde im Rahmen der Delegationen fortgeführt.¹⁴

Teltschik

Nr. 178
Gespräch des Bundesministers Seiters mit
den Ministern ohne Geschäftsbereich der DDR
Bonn, 13. Februar 1990

BArch, B 136/20579, 221 – 35014 Ge 33 Bd. 2. – Vermerk des MDg Duisberg, 19. Februar 1990 (versehentlich datiert: „19.09.1990“; Gespräch versehentlich datiert: 14. Februar 1990). VS-NfD. Verteiler: AL 2, GL 22; StäV, St Bertele. Vorlage an Chef BK mit der Bitte um Billigung und Zustimmung zu dem Verteiler, abgezeichnet: „S[eiters]“. – Gesprächsdauer: 10.00 bis 11.00 Uhr.

Nach der Begrüßung führte BM Seiters aus, wir seien an einer Stabilisierung der DDR interessiert. Das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers ebenso wie sein Auftreten in Dresden habe deutlich gemacht, daß wir behutsam vorgehen wollten und darauf bedacht seien, die Lösung des deutschen Problems in die europäische Entwicklung einzugliedern. Auch die Überlegungen zur Entwicklung einer Vertragsgemeinschaft seien darauf ausgerichtet gewesen. Inzwischen sei die Entwicklung jedoch weitergegangen. In der DDR habe es erhebliche Enttäuschungen gegeben, die sich in dem anhaltenden Übersiedlerstrom – bis 11. Februar seien in diesem Jahr 74 421 Übersiedler gekommen – ausdrückten. Grundsätzlich sei ein längerer Zeitraum für die innerdeutsche Entwicklung wünschenswert; nach Lage der Dinge würden wir jedoch wohl nicht so viel Zeit haben. Wir hätten uns daher zu dem weitreichenden Schritt entschlossen, das Angebot zur Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft¹ zu machen. Wir setzten dabei unseren stärksten wirtschaftlichen Aktivposten – die Deutsche Mark – ein. Transferleistungen in Milliardenhöhe hielten wir dagegen in der gegenwärtigen Lage für den falschen Weg. Wir hätten Verständnis für die Sorgen, die man sich in der DDR mache; entsprechende Sorgen gebe es auch bei uns. Über diese Fragen müsse gesprochen werden. Eine Kommission sollte nach unserer Meinung unverzüglich die Arbeit aufnehmen.

DDR-Min. Romberg (SPD) erklärte, wichtig sei die Sicherung der Wahlen; wenn sie nicht stattfänden, hätte das auch europäische Konsequenzen. Daher erwarte man auf DDR-Seite, daß die Bundesrepublik einen größeren Betrag geben werde, um zur Stabilität beizutragen. Im übrigen stimme man zu, daß eine Kommission zur Vorbereitung der Währungsunion gebildet werden solle. Unmittelbar nach den Wahlen müßten dann auch Verhandlungen über

13 In dem übergebenen Positionspapier (Anm. 5) bezeichnete der Runde Tisch einen „Solidarbeitrag“ der Bundesrepublik „in Höhe von 10 bis 15 Milliarden DM für angemessen, und dies sofort, unabhängig von allen weiteren Verhandlungen“.

14 Nr. 179.

1 Nr. 169A.